vds-press

Nr. 54

18. 1. 1974

Sternmarsch
Bonn 24. Januar

Gemeinsam gegen Inflation -
Für mehr BaföG und mehr Lohn!

vds
Verband Deutscher Studentenschaften

Unsere Geduld ist zu Ende!

Diesmal hatten sie sich verrechnet, die Herren Dohnanyi und Schmidt. „Nur etwas Geduld" hatte der Bundesbildungsminister nach der Entscheidung im Kabinett vom 12. Dezember empfohlen. Doch es kam anders:

BAFöG-Anhebung nicht sofort, sondern irgendwann in ferner Zukunft, das war nicht das wofür seit den ersten Wochen dieses Semesters an den Hoch- und Fachhochschulen gekämpft wurde, wofür Zehntausende von Unterschriften gesammelt worden waren, an den Hochschulen und in den Stadtzentren. Noch am gleichen Tag wurde deutlich, wie die Antwort der Studenten aussehen würde: In Frankfurt demonstrierten die Studenten der hessischen Universitäten und Fachhochschulen. Als zusammen mit der Nachricht vom provokatorischen Beschluß der Bundesregierung bekanntgegeben wurde, daß der VDS zu einem Sternmarsch von allen Hochschulen nach Bonn aufgerufen hatte, gab es stürmischen Beifall.

Heute, wenige Tage vor dem 24. Januar, ist der Sternmarsch Diskussionsgegenstand in den Vorlesungen und Seminaren. Tausende von Fahrkarten sind bereits verkauft. In Fachbereichsräten und Hochschulsenaten, so z. B. in Bremen wurde durchgesetzt, daß am 24. Januar weder Lehrveranstaltungen noch Prüfungen stattfinden werden. Eine breite Welle der Solidarität zeigt, daß die Empörung weit über die Studentenschaft hinausgeht. Solidaritätsadressen aus Betrieben, von Gewerkschaftsversammlungen, von Professoren haben den VDS erreicht.

Die Bundesregierung hatte gehofft, nach der Entscheidung vom 12. Dezember würde die Bewegung an den Hochschulen erst einmal abflauen. Doch kann man in Ruhe abwarten, wenn befürchtet werden muß, daß 1974 die Preise um 10 % oder noch mehr steigen werden, ohne daß es einen Pfennig mehr BAFöG gibt, wenn zu erwarten ist, daß im Herbst die Förderungsbeträge erneut – entsprechend den Nominallohnerhöhungen des Jahres 1972 – um 10–15 % gesenkt werden?

Inzwischen gibt es nicht mehr den geringsten Zweifel: Sofortmaßnahmen gegen die BAFöG-Misere soll es nicht geben. Im Bericht zur Ausbildungsförderung, der jetzt im Wortlaut vorliegt, heißt es ohne Umschweife, daß schon aus „verwaltungstechnischen Gründen" eine Anhebung vor dem 1. Oktober 1974 nicht in Frage komme. Und auch Bildungsminister von Dohnanyi hat jetzt deutlich gesagt, was er wirklich denkt. Im Pressedienst seines Ministeriums meinte er am 19. Dezember, der Beschluß der Bundesregierung, sei, wenn auch erst für 1975, nichtdestotrotz „ein entscheidender Schritt in die richtige Richtung." Das ist blanker Zynismus.

Es zeigt sich: Die Herrschenden warten nur darauf, um nach einigen Versprechungen, dann wenn die Aktionen an den Hochschulen wieder vorbei sind, zu den alten Tönen zurückkehren zu können.

Die Herrschenden sind unsicher geworden

Diese Rechnung darf nicht aufgehen. Das die Bundesregierung es nicht gewagt hat, sich ein für allemal auf den 1. Januar 1975 als Zeitpunkt für die Anhebung festzulegen, wie es – wie die FRANKFURTER RUNDSCHAU am 11. Dezember berichtete – ursprünglich vorgesehen war, daß Wissenschaftsminister von Dohnanyi erklärt, er werde sich weiterhin für einen früheren Termin einsetzen, daß CDU-Filbinger in Baden-Württemberg und SPD-Rau in Nordrhein-Westfalen von einer vorgezogenen Anhebung in ihren

(Fortsetzung S. 2)

Die Preislawine rollt

Pünktlich zum neuen Jahr kündigten Industrie und Großhandel neue Preissteigerungen an, um 10 % z. B., für Mehl und Backwaren, um 20 % für Margarine. Die Versorgungsbetriebe der Städte und Gemeinden halten munter mit. Um 4,5 Pfennige hat ein Frankfurter Kraftwerk der RWE die Strompreise zum 1. Januar 1974 erhöht. Die SAAR-FERNGAS kündigte eine Preissteigerung um 10 – 15 % an. Zehntausende von Mietern müssen ab Januar um ca. 5 % erhöhte Mieten zahlen, weil die Grundsteuer erhöht wurde.

Von einem „Preiszwischenspurt" ist die Rede. Und auch Bundeswirtschaftsminister Friderichs meinte in einem Interview mit der WIRTSCHAFTSWOCHE, die Preise würden 1974 sicher wieder „etwas dynamischer" werden.

Noch dynamischer also als im vergangenen Jahr? Das heißt 1974 kommt eine Preislawine auf uns zu.

Schuld sollen – so heißt es – vor allem die steigenden Lohnkosten sein. Doch fest steht: Die Erdölchemie GmbH Köln z. B., die sich in der Hand der Großkonzerne Bayer und BP befindet, hat im Geschäftsjahr 1972/73 einen Gewinn von 65,3 Mio DM ausgeschüttet. Die Personalkosten wurden jedoch von 14,3 % auf 12,7 % gesenkt. Die Story von der Lohn-Preis-Spirale ist also ein Märchen.

Was auf Hunderttausende von Studenten noch in diesem Jahr zukommt, wenn BAFöG-Sätze und Elternfreibeträge nicht unverzüglich angehoben werden, läßt sich nur erahnen:

329 DM betrug der durchschnittliche Förderungsbetrag im SS 1973. Geht man – ebenso wie die Bundesregierung – von einer Preissteigerungsrate für 1974 von 8 – 10 % aus, so werden diese 329 DM im WS 1974/75 nicht einmal mehr 300 DM wert sein. Rechnet man noch ab, was – entsprechend den Lohn- und Einkommenssteigerungen des Jahres 1972 im Herbst erneut abgezogen wird, so bleiben nur noch ca. 280 DM. Wer den BAFöG-Höchstsatz von 420 DM erhält, wird im Dezember dieses Jahres nur noch 350 – 360 DM real in der Tasche haben. Dies alles geht aus dem Bericht zur Ausbildungsförderung der Bundesregierung hervor, der jetzt bekannt wurde.

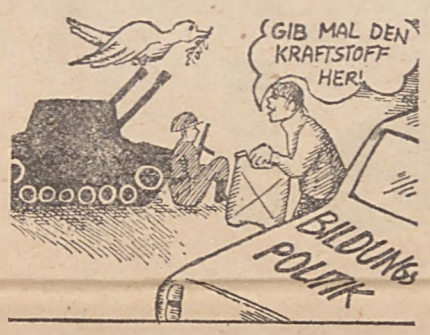
Aus diesem Bericht geht auch hervor, was die von der Bundesregierung für den 1. Januar 1975 ins Auge gefaßten „Verbesserungen" wirklich bedeuten: Um 14 – 15 % sind die Preise seit dem Inkrafttreten des BAFöG im Herbst 1971 nach Angaben der Bundesregierung gestiegen. Rechnet man die voraussichtliche Preissteigerung für 1974 hinzu, kommt man auf ca. 25 %. Doch nur um 20 % sollen die Förderungsbeträge zum 1. Januar 1795 steigen. D. h. auch nach den von der Bundesregierung geplanten Maßnahmen werden die Bedarfssätze real 5 % niedriger sein als zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes.

Noch schlechter sieht es bei den Elternfreibeträgen aus: Um 32,2 % sind Löhne und Gehälter – nominal – seit Herbst 1971 gestiegen. Doch auch die Elternfreibeträge sollen nur um 20 % angehoben werden. Hier zeigt sich auch ganz deutlich, was der Vorschlag von Wissenschaftsminister Dohnanyi, die Elternfreibeträge zum 1. Oktober 1974 anzuheben und dann bis mindestens Herbst 1975 festzuschreiben, bedeutet. Er läuft – was die Elternfreibeträge betrifft – auf dasselbe hinaus, wie eine Anhebung zum 1. Januar 1975.

Diese Zahlen zeigen deutlich: Es bleibt uns keine andere Wahl, als jetzt mit aller Kraft für die Durchsetzung unserer Forderungen zu kämpfen.

Und dies gilt nicht nur für die Studenten, die jetzt bereits gefördert werden. Gerade diejenigen, deren Eltern nicht über ein hohes Einkommen verfügen, die jedoch aufgrund der viel zu niedrigen Freibeträge nicht nach dem BAFöG gefördert werden, werden jetzt noch stärker von der Preislawine betroffen. Denn für ihre Eltern wird es immer schwieriger, einen Zuschuß zu den Studienkosten zu leisten.

Unser Tip zum Energiesparen



Leerlauf vermeiden. 3 Minuten Leerlauf kostet Sie bis zu 1 km freie Fahrt.

BAFöG-Novellierungsentwurf – ein Skandal

Seit Anfang Januar liegt der Gesetzentwurf, den das Bundesbildungsministerium aufgrund des von der Bundesregierung im Dezember verabschiedeten Berichts zur Ausbildungsförderung erstellt hat, in den Geheimschubladen. Am vergangenen Donnerstag wurde er auf einer Pressekonferenz des VDS veröffentlicht.
Sein Inhalt zeigt, daß Bundesbildungsminister von Dohnanyi allen Grund hatte, so lange wie möglich zu verschweigen, wie die von ihm vorgeschlagene Darlehensregelung aussehen soll.
Monatlich mindestens 80,- DM soll jeder Student in Zukunft nach seinem Studium zurückzahlen müssen, wenn er mehr als 600 DM verdient.
Was diese Regelung bedeutet, soll an folgendem Beispiel deutlich gemacht werden: Wer – aufgrund der sozialen Benachteiligung durch das Bildungssystem der BRD – nur unter großen Schwierigkeiten auf die Hochschule kommen konnte, muß in Zukunft befürchten, falls er sein Studium abbricht, Tausende von DM an Ausbildungsförderung zurückzahlen zu müssen. Das Studium wird zum finanziellen Risiko. 1971 mit der Ablösung des Honnefer Modells und dem Inkrafttreten des BAFöG war die Darlehensregelung abgeschafft worden. Begründung: Mehr Chancengleichheit für Kinder aus sozial benachteiligten Schichten.

Fragt sich nun, ob die Bundesregierung beabsichtigt, nach dem Schritt zurück in die 50er Jahre die Ausbildungsförderung schrittweise ganz abzuschaffen?

● Fortsetzung von S. 1:

Unsere Geduld ist zu Ende!

Ländern reden, all das ist durch die Bewegung der vergangenen Wochen und Monate erreicht worden.
Bereits die Ankündigung des Sternmarsches hat ihre Wirkung nicht verfehlt. Der Hamburger CDU-Abgeordnete Damm schrieb in einem Brief an den CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Carstens am 14. 12., nur wenn jetzt Bedarfssätze und Freibeträge unverzüglich angehoben würden, „könnte man vielleicht verhindern, daß es mit Wiederbeginn des Universitätsbetriebs im Januar zu großen Protesten kommt." Und bereits wenige Tage, nachdem ein Antrag des Bildungspolitischen Ausschusses der SPD, zum 1. 4. 1974 Bedarfssätze und Freibeträge anzuheben, in der SPD-Fraktion auf wenig Gegenliebe gestoßen war, war – wie die DEUTSCHE PRESSEAGENTUR am 2. Januar medete, das Interesse plötzlich sprunghaft angestiegen.
Die Herrschenden sind sich ihrer Sache keineswegs sicher. Gerade jetzt dürfen wir deshalb nicht lockerlassen, wenn das, wofür wir seit Monaten eintreten, jetzt wirklich durchgesetzt werden soll.

Warum Sternmarsch

Durch die Aktionen der vergangenen Wochen haben wir auf unsere Forderungen aufmerksam gemacht, haben wir die Herrschenden gezwungen zu reagieren. Wenn wir jetzt erreichen wollen, daß unsere Forderungen unüberhörbar werden, dann muß deutlich werden, wie stark und wie breit die Bewegung an den Hochschulen inzwischen geworden ist. Der Sternmarsch des VDS am 24. Januar ist genau das richtige Mittel.

Mit diesem Sternmarsch können wir auch ein unübersehbares Zeichen der Solidarität mit den arbeitenden Menschen setzen, die gegenwärtig von Reallohnsenkung und Arbeitslosigkeit bedroht sind.

Gerade jetzt, wo die Herrschenden mit aller Macht versuchen, ihren Kurs, die Folgen der Krise auf die Masse der Bevölkerung abzuwälzen, durchzusetzen, ist der gemeinsame Kampf von Arbeitern und Studenten der Schlüssel zum Erfolg. Für sofortigen Ausgleich der Inflationsverluste, darum geht es jetzt in den Betrieben und an den Hochschulen.

Lassen wir uns nicht einschüchtern und verwirren. Gerade jetzt muß weitergekämpft werden. Der Sternmarsch am 24. Januar wird mit darüber entscheiden, ob das, was wir in den letzten Wochen erreicht haben, zu einem wirklichen Erfolg gemacht werden kann.

Unsere Geduld ist zu Ende.

Auf nach Bonn am 24. Januar!

Herausgeber: VDS, 53 Bonn, Kaiserstraße. Tel.: 0 22 21-63 16 26.
Verantwortlich: Reinhard Pfeifer.
Druck: Dr. Fritz Nohr, 542 Lahnstein

12 Mill. Arbeiter und Angestellte vor hartem Lohnkampf

Sternmarsch steht im Zeichen der Solidarität!

Die spontanen Streiks für Teuerungszulagen wie im August und September des vergangenen Jahres sind vorüber. Fast mag es scheinen, als hätten die Lohnauseinandersetzungen nachgelassen.

Doch der Schein trügt. Für 12 Millionen Arbeiter und Angestellte stehen bis Ende April Tarifverhandlungen an. Allein im Januar geht es für ca. 2 Millionen Arbeiter und Angestellte des Öffentlichen Dienstes und für ca. 4 Millionen Beschäftigte der metallverarbeitenden Industrie um höhere Löhne und Gehälter. In den Betrieben, von Gewerkschaften und Unternehmerverbänden werden die Positionen für die Lohnrunde 1974 abgesteckt. Fest steht: Für die Arbeiter und Angestellten wird sie eine der härtesten vergangenen Jahre werden.

Lohnerhöhungen zwischen 15 und 20 % werden seit Herbst des vergangenen Jahres überall in den Betrieben gefordert. Angesichts eines erheblichen Nachholbedarfs für 1973, angesichts einer Preissteigerung von schon jetzt ca. 8 % und angesichts der Tatsache, daß von jeder Mark Lohnerhöhung ca. 40 Pfg. für Steuern und Sozialversicherung abgezogen werden, reichen sie kaum aus, um das Realeinkommen zu sichern.

Unternehmer fordern Bereitschaft zum Verzicht

Doch den Unternehmern war bereits das zu viel. Der Chef des Unternehmerverbandes Gesamtmetall, van Huellen, bezeichnete die Lohnforderungen der Belegschaften und Gewerkschaften als „Fahrt in den lohnpolitischen Abgrund". In einem Schreiben an alle Unternehmensleitung der metallverarbeitenden Industrie forderte er den „Einsatz aller unternehmerischen Mittel zur Eindämmung der Lohnforderungen". (ppa, 20. 12. 73). Der Vorsitzende der Landesvereinigung der rheinland-pfälzischen Unternehmerverbände forderte ganz offen „Bereitschaft zum Verzicht". Auf Landesebene wurde eine Anzeigenkampagne für eine „Lohnpolitik der Vernunft" eingeleitet. Durch eine „auch nur annähernde Erfüllung der gewerkschaftlichen Lohnforderungen würde die Inflation noch mehr angeheizt". (ppa, 20. 12. 73) und die Arbeitsplätze aufs höchste gefährdet.

Der Auftragsrückgang in einigen Wirtschaftsbereichen, so z. B. in der Textilindustrie, der bereits für Tausende von Arbeitern den Verlust ihres Arbeitsplatzes bedeutete, auch noch genutzt werden, um daraus in der Lohnrunde im Interesse der Unternehmer Kapital zu schlagen. Die FAZ sprach am 8. 12. von der „rettenden Krise."

Auch die Bundesregierung half fleißig mit. Noch kurz vor Weihnachten wurde angekündigt, bereits im Januar könne es in der BRD 750 000 Arbeitslose geben. Die NEUE RHEINZEITUNG schrieb dazu am 22. Dezember: „Der Grund, warum den Arbeitnehmern dieser schockierende Neujahrsknaller genau unter den Weihnachtsbaum gelegt wird,

„Wenn seine Profite besonders drücken, nennt er das Inflation!"

ist klar: De Bundesregierung will mäßigend auf die nächsten Tarifabschlüsse einwirken, indem sie den Gewerkschaften und ihren Mitgliedern einen gehörigen Schrecken versetzt."

Bei der Konzertierten Aktion am 10. Januar ließen dann der neugewählte BDA-Präsident Schleyer und Bundeswirtschaftsminister Friederichs die Katze aus dem Sack: Lohnerhöhungen über 8,5 % soll es nicht geben. Grundlage ist ein Sondergutachten der „5 Weisen", das im Dezember erstellt wurde.

Gewerkschafter fordern aktive Lohnpolitik

Doch in den Betrieben mehren sich die Stimmen, die gerade angesichts dieser Provokation eine aktive Lohnpolitik fordern. Auf einer Kundgebung der IG Metall in Hamburg, an der 1300 Gewerkschaftsfunktionäre, Vertrauensleute und Betriebsräte teilnahmen, stieß der Hamburger Arbeitssenator Weiß auf heftigen Widerstand, als er „im Interesse sicherer Arbeitsplätze" eine zurückhaltende Lohnpolitik vorschlug. Lutz Diekerhof vom IG Metall-Vorstand in Frankfurt sprach von „Krisengerede, das die Gewerkschaften am Beginn der Lohnrunde verunsichern" solle. In der Diskussion wurde deutlich hervorgehoben, das es jetzt erforderlich sei, in Hamburg die geforderten 18 % durchzusetzen.

Dies zeigt, daß viele Kollegen davon ausgehen, daß die Konzerne in der Krise ebenso wie zu Zeiten der Hochkonjunktur versuchen, ihre Profite abzusichern – die Milionengewinne der Erdölkonzerne in den letzten Monaten des vergangenen Jahres sind ein Beispiel dafür und das deshalb die Antwort der Arbeiter gerade jetzt durch verstärkten Kampf um Lohnerhöhungen und sichere Arbeitsplätze sein muß, dafür zu sorgen, daß diese Rechnung nicht aufgeht. Gerade sie brauchen jetzt unsere Solidarität.

Am 24. Januar müssen wir deshalb deutlich machen:

Unsere Forderungen richten sich nicht gegen die Interessen der Arbeiter an sicheren Arbeitsplätzen.

Im Gegenteil: Gerade angesichts der harten Haltung der Bundesregierung muß für uns klar sein, daß unsere Forderungen nur verwirklicht werden können, wenn es uns gelingt durchzusetzen, daß die Konzerne zahlen, und das können wir nur gemeinsam mit den Arbeitern.

Dieser gemeinsame Kampf kann jetzt erreicht werden. Denn: „Tagesaufgabe für alle – ob Arbeiter oder Student ist es jetzt dafür zu kämpfen, daß das steigende Bruttosozialprodukt Niederschlag findet in den Lebensbedingungen der Bevölkerung und daß die Inflation nicht . . zu einer zusätzlichen Profitquelle für die Konzerne wird." So Kurt Hoff, Betriebsrat im Hamburger Hafen.

Der Sternmarsch am 24. Januar muß uns in diesem gemeinsamen Handeln ein Stück voran bringen.

GEMEINSAM GEGEN INFLATION –
FÜR MEHR BAFÖG UND MEHR LOHN!

AUF

Verband Deutscher Stndentenschaften

Unsere Forderungen müssen durchgesetzt werden

Sternmarsch auf Bonn am 24. 1.

Zehntausende sind in den vergangenen Monaten überall an den Hochschulen für die sofortige Anhebung des BAFöG-Höchstsatzes auf 500 DM und des Elternfreibetrages auf 1200 DM aktiv geworden. Mit ihren Forderungen nach Sofortmaßnahmen gegen die Auswirkungen der Inflation und mit ihren Aktionen haben sie bei den arbeitenden Menschen Verständnis und Unterstützung gefunden.
Die Herrschenden sind unsicher geworden. Sie beginnen zu taktieren. Bildungsminister von Dohnanyi verhandelt mit dem VDS. Die Bundesregierung sieht sich gezwungen, auf unsere Forderungen zu reagieren.
Doch nachgeben wollen sie nicht. Der Beschluß der Bundesregierung vom 12. Dezember ist eine Provokation. Weiterhin geht die Bundesregierung davon aus, daß BAFöG-Höchstsatz und Elternfreibetrag erst zum 1. Januar 1975 angehoben werden. Mit der Ankündigung einer möglichen Vorziehung sollen die Studenten verwirrt werden. Die Forderung nach Sofortmaßnahmen soll nicht erfüllt werden.

Der Komet im Januar

Unsere Forderungen lauten:

ANHEBUNG DES BAFÖG-HÖCHSTSATZES BIS ZUR VOLLEN KOSTENDECKUNG
ALS ERSTER SCHRITT: INFLATIONSZUSCHLAG RÜCKWIRKEND AB 1. OKTOBER 1973!
ANHEBUNG DES ELTERNFREIBETRAGES AUF 1200 DM RÜCKWIRKEND AB 1. OKTOBER 1973!

1974 werden die Preise weiter steigen. Auch Bundeskanzler Brandt mußte zugeben, daß die Inflationsrate noch weit höher liegen wird als im vergangenen Jahr. Wenn der Elternfreibetrag nicht angehoben wird, werden in diesem Jahr die Förderungsbeträge erneut sinken.

Hinzu kommt:

Wo Studenten für ihre berechtigten Forderungen streiken, versuchen die Herrschenden ihnen die Förderung zu streichen. So sollen sie politisch mundtot gemacht werden.

Besondere Leistungsanforderungen und Beschränkung der Höchstförderungsdauer sollen den materiellen Druck der BAFöG-Studenten verstärken. So wird die finanzielle Not zum Hebel, um Kurzstudiengänge, wie sie im Hochschulrahmengesetz vorgesehen sind, vorzubereiten. Von Chancengleichheit für Arbeiterkinder kann keine Rede sein. Das Bildungsprivileg der Herrschenden bleibt bestehen.

Wir fordern:

KEINE BESONDEREN LEISTUNGSNACHWEISE FÜR BAFÖG-STUDENTEN!
DER ANTISTREIK-PARAGRAPH 20, II DES BAFÖG MUSS GESTRICHEN WERDEN!

Jetzt gibt es für uns nur eine Antwort: Wir dürfen nicht lockerlassen.

Wenn wir nicht von der Preislawine überrollt werden wollen, wenn wir nicht zulassen wollen, daß gerade für Studenten aus Arbeiterfamilien die Förderungsbeiträge erneut gesenkt werden, müssen wir jetzt handeln.

Folgen wir dem Beispiel der Arbeiter! Konzernbosse, CDU/CSU und Bundesregierung sind sich darin einig: Die Auswirkungen des Profitstrebens der Konzerne sollen auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung abgewälzt werden, sei es in Form von Preissteigerungen oder in Form von Arbeitslosigkeit. Doch die Arbeiter sagen dem Kurs der Herrschenden den Kampf an: Sie wehren sich gegen Entlassungen und Kurzarbeit. So haben z. B. im Dezember in Bonn zehntausend Textilarbeiter für sichere Arbeitsplätze demonstriert.

Stellen wir uns an die Seite der Arbeiter! Treten wir dafür ein, daß die Folgen der Krise nicht auf die Masse der Bevölkerung abgewälzt werden, nicht auf den Rücken der Arbeiter durch Lohnstop und Arbeitslosigkeit. nicht auf den Rüeckn der Studenten durch unzureichende Ausbildungsförderung.

In den letzten Wochen ist deutlich geworden: Die Herrschenden können unsere Forderungen nicht mehr ignorieren.

Unsere Forderungen müssen jetzt durchgesetzt werden zu Lasen der Konzernprofite und -subventionen, zu Lasten des Rüstungshaushaltes, zu Lasten der Gelder, mit denen Polizei und Bundesgrenzschutz ausgerüstet werden, um im „Ernstfall" gegen die streikenden Arbeiter und demonstrierende Studenten vorzugehen. Dafür müssen wir jetzt unsere ganze Kraft einsetzen.

Jetzt gibt es nur noch eine Antwort:

Für sofortigen Ausgleich der Inflationsverluste!

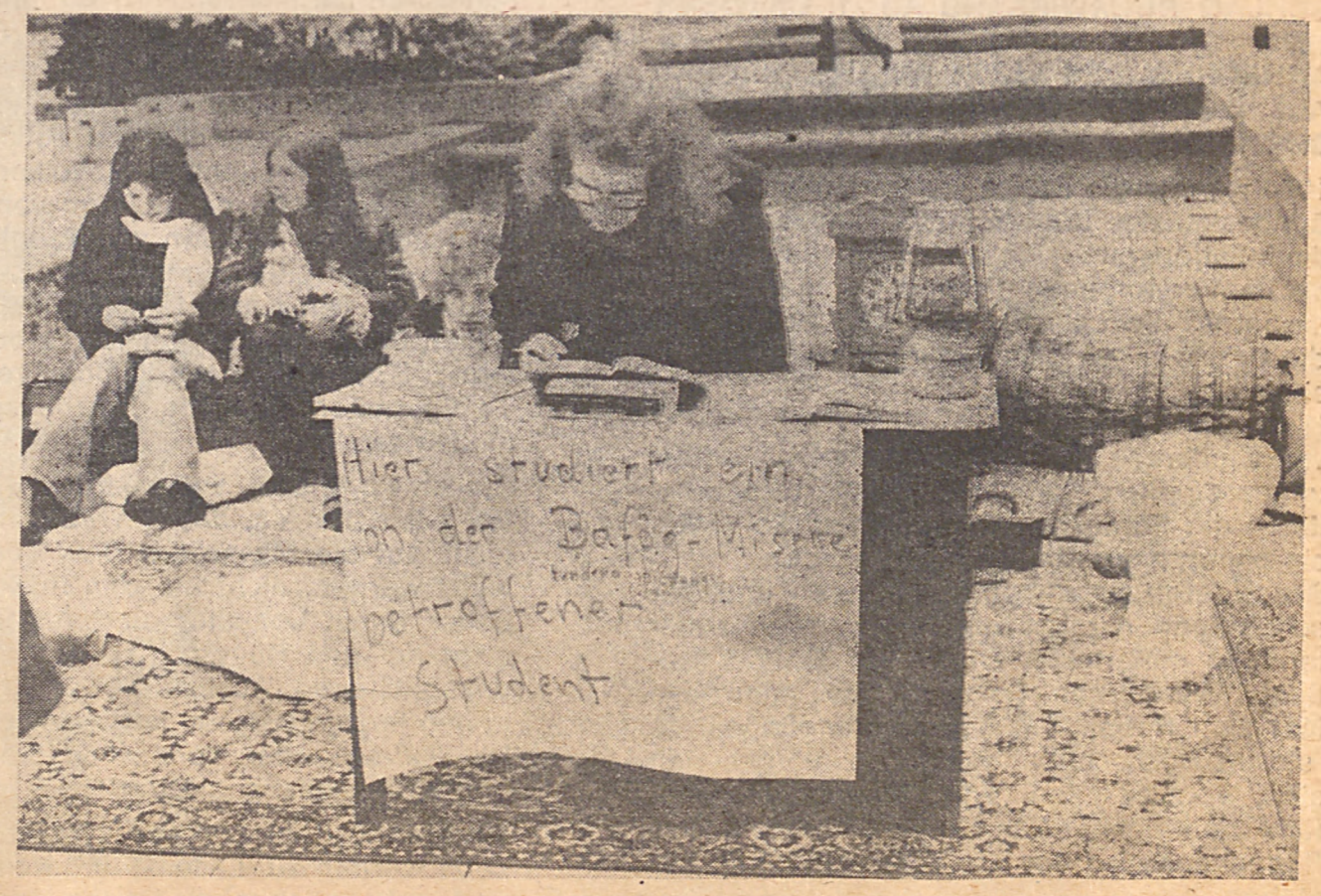
Für die Anhebung des BAFöG-Höchstsatzes auf 500 DM und des Elternfreibetrages auf 1200 DM rückwirkend ab 1. Oktober 1973!

Für die weitere Anhebung des BAFöG-Höchstsatzes auf 600 DM noch im Jahr 1974!

Sternmarsch auf Bonn am 24. Januar

Aus den Hochschulen:

Erfolgreiche Aktionen für VDS-Forderungen in Köln



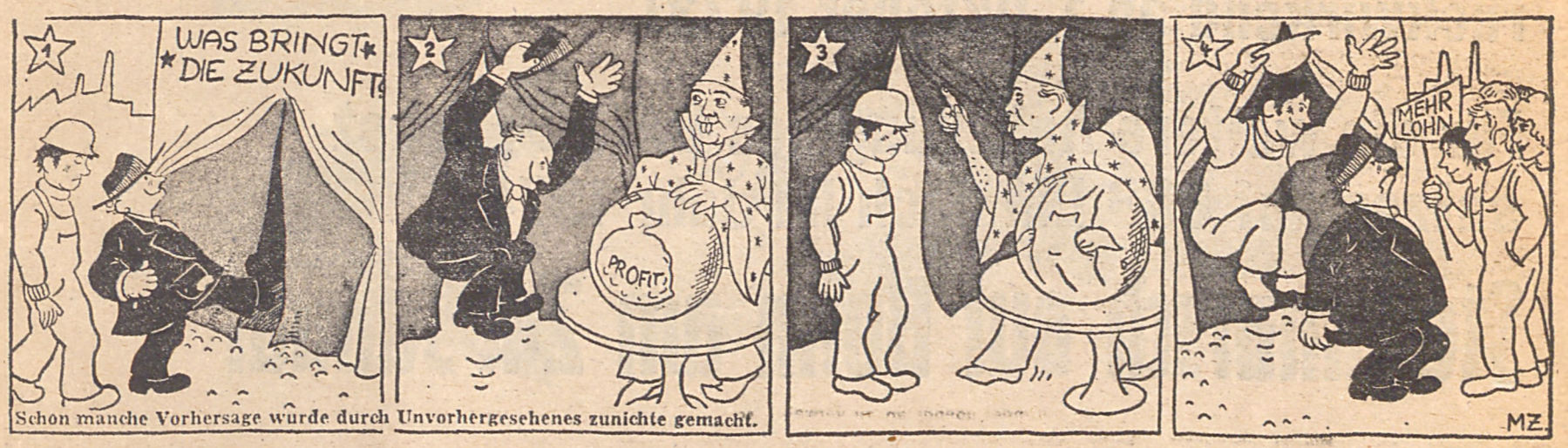
Am Donnerstag, dem 13. 12. 73, demonstrierten trotz Sturm und Regen rund 2000 Studenten durch die Kölner Innenstadt: Kostendeckende Ausbildungsförderung, 60 DM Teuerungszuschlag und 1200 DM Elternfreibetrag sofort! Kampf der Inflationspolitik und dem Mietwucher – mehr für die Bildung auf Kosten von Rüstung und Konzernsubventionen! Über einen Lautsprecherwagen wurde immer wieder klargestellt: Eine Kürzung der Sozialausgaben oder der Bildung an anderer Stelle kommt für uns nicht in Frage. Wir wollen den Arbeitern und Angestellten, die ebenfalls von der sozialen Demontage betroffen sind, keine Rechnung aufmachen, sondern den Profitgeiern und der Bundesregierung.

Dazu wurden viele tausend Bürgerzeitungen verteilt. Und immer wieder die Forderung: 500,- Mark!

12. September, drei Monate zuvor: „Auch Studenten suchen Zimmer – denn auf der Straße schläft's sich schlecht." Mit einer Plakatierungs- und Pressekampagne versucht der AStA Uni Köln möblierte und Lehrzimmer für Studenten zu bekommen. 700 Angebote treffen daraufhin in der Zimmervermittlungsstelle ein – für 700 Studenten ein Dach über dem Kopf, die Wucherangebote abgerechnet. Die Nachfrage allerdings ist viel größer. 5. Oktober: Die sozialdemokratisch geführte Landesregierung ist bereit, diesem Mißstand abzuhelfen. In den nächsten Wochen und Monaten sollen in den Studentenheimen des Kölner Studentenwerks viele hundert Zimmer frei werden. Der Grund: Über 80 % der jetzigen Bewohner sind nicht bereit, Spitzenmieten von 12, 13 oder 14 DM pro qm auf den Tisch zu legen. Alle bisherigen Mahnungen blieben ohne größeren Erfolg. Jetzt soll mit scharfen Geschützen gearbeitet werden, mit Zahlungsbefehlen. Anschließend kommen die Räumungsklagen. Das chronische Defizit des Kölner Studentenwerks wird zum Druckmittel gegenüber dem Vorstand: Die Landesregierung deckt das Manko erst ab, wenn ... Kurze Zeit später werden die ersten Zahlungsbefehle zugestellt.

12. Oktober: Die ersten Förderungsbescheide treffen ein. Mehr BAFöG zum Ausgleich für die gestiegenen Preise *und Mieten? Fehlanzeige! Gleicher* Satz wie 72/73? Ebenfalls nicht! Kaum ein Student, der nicht weniger bekommt. 50, 100 DM Kürzung – das ist so der Standard, bei vielen beträchtlich mehr. In diesem Tagen wächst die Schlange vor den Beratungsstellen, denn viele Studenten haben überhaupt keinen Bescheid erhalten. Aufgrund der katastrophalen personellen und räumlichen Situation sahen sich die hiervon besonders betroffenen Angestellten des BAFöG-Amtes außerstande den Berg der eingegangenen Anträge rechtzeitig zu bearbeiten: 1200 Studenten stehen völlig auf dem Schlauch. 24. Oktober: Der AStA führt eine erste Aktionsberatung durch. Rund 200 Kommilitonen kommen in die Aula und diskutieren Sofortmaßnahmen für die 1200 Studenten, die bis auf weiteres kein Geld erhalten. 500 DM Höchstsatz *und 1200 DM* Elternfreibetrag – das sind die Sofortforderungen zur BAFöG Anhebung. Im Studentenparlament wird seitens der rechten Mehrheit der AStA-Antrag zusammengestrichen. Woher das Geld kommen soll, ist schnuppe. Und Streichung der Rüstung bzw. der Konzernsubventionen kommt schon gar nicht in die Tüte.
In den nächsten Tagen tauchen die herrlichsten **Sofort**forderungen auf. 560, ja 600 DM wird zum Gebot der Stunde – ein Inflationszuschlag ist offensichtlich nur etwas für Arbeiter. Für die einen stehen sich die Forderungen nach einem Teuerungszuschlag und dem Kampf um kostendeckende Ausbildungsförderung alternativ als „Kampf zweier Linien" gegenüber, für die anderen sind 500 DM ein Kompromißangebot an die Herrschenden. Die den AStA tragenden Gruppen MSB, SHB und UHI machen demgegenüber klar, daß über die Höhe der aufzustellenden Sofortforderung einzig und allein die Kampfkraft der Studenten und ihre Verankerung entscheide.

Den aktiven Mathematikstudenten wird diese „akademische" Diskussion zu bunt. Sie schnappen sich kurzerhand ein Tonbandgerät, malen Sandwiches und ziehen in die Innenstadt, um die Resonanz für die Forderungen der Studenten auszuloten. Beim Stichwort Mietwucher packen viele aus: Auch ihre Wohnung sei in den letzten Monaten dreimal verteuert worden, Reparaturen müßte man alle selber machen, und einer Rentnerin hätte man kürzlich gekündigt – wohl weil ein fi-



Schon manche Vorhersage wurde durch Unvorhergesehenes zunichte gemacht.

nanzkräftigerer Mieter auf der Bildfläche erschienen sei. Konzernsubventionen und Inflationszulage waren ebenfalls keine Fremdwörter für die Angesprochenen. Die interessantesten Ausschnitte werden zusammengeschnitten und in Vorlesungen und Übungen vorgespielt. Nur eingefleischte Buf-Profs mochten da nicht zuhören.

In den Tagen vorher machte die Einbeziehung von Betroffenen und Unorganisierten eine Schwierigkeit. In dieser Zeit waren bereits Fragebögen in Lehrveranstaltungen verteilt und ausgefüllt worden, um einen ungefähren Überblick über die tatsächliche Misere zu bekommen. Die krassesten Fälle wurden auf Wandzeitungen dargestellt. Danach fehlte es für kurze Zeit an massenwirksamen Aktionsvorschlägen.

8. November: Teach-In mit Presse und Fernsehen in einer vollgepfropften Aula Die Betroffenen hatten das Wort, erschreckende Tatbestände wurden aufgedeckt: Jakob K., verheiratet, seine Frau im 8. Monat schwanger, Psychologiestudent kurz vor dem Vordiplom – seit über 5 Wochen ohne Geld. Die Empörung der 2000 Studenten war einhellig: Selbst der RCDS wagte es nicht, gegen die vom AStA vorgelegte Resolution zu stimmen. Dieses Teach-In hat im Ministerium seine Wirkung nicht verfehlt. Nach einigem hin und her rückte es 300 DM als gesetzlich vorgeschriebenes Überbrückungsgeld heraus. Ein erster Erfolg.

27. November: Mit 2/3-Mehrheit sprechen sich die auf der Uni-VV versammelten 2000 Studenten für die Sofortforderungen des VDS aus. Das Geld soll nicht den Arbeitern und Angestellten zusätzlich aus der Tatsache gezogen werden; Rüstung und Konzernsubventionen sind zu belasten. Buf-Rektor Isselhardt hatte vergebens seine warnende Stimme erhoben: „Ich möchte allerdings meinen im Schreiben vom 7. 11. 1973 wiedergegebenen Standpunkt bekräftigen, daß mir der Weg, zur Aufbringung der benötigten Geldmittel den Verteidigungshaushalt zu kürzen oder Maßnahmen der Wirtschaftsförderung zu unterlassen, auf gar keinen Fall gangbar erscheint." Am 13. Dezember beschließen die Studenten weiter, ist Aktionstag mit Demonstration. In den Tagen und Wochen vorher werden Dutzende von nicht Organisierten und Betroffenen im Rahmen von Projektgruppen der verfaßten Studentenschaft aktiv. Keine Fakultät bleibt ausgeklammert. Ein Betriebsarzt wird eingeladen, um über die Probleme zu berichten, vor denen die Kollegen stehen. Mehrere Abgeordnete werden besucht, darunter Frau Dr. Focke, Minister für Jugend, Gesundheit und Familie. Die Antworten, die sie auf Fragen und Forderungen seitens der Studenten zu geben weiß, hauen einige der Beteiligten glatt um. Den Beschluß der Kreisdelegiertenkonferenz des DGB zur Unterstützung der VDS-Kampagne z. B. beantwortet sie mit der Aufforderung an die Gewerkschaften, sich erst einmal um die alleinstehenden Mütter zu kümmern, denen es viel schlechter gehe. Diese Aussagen hat sie inzwischen dementiert.
Der Beschluß der Bundesregierung vom 12. 12. hat die Kölner Studenten nicht dazu veranlaßt, die Demonstration für den folgenden Tag abzublasen. Im Gegenteil. Auch nach dem lokalen Höhepunkt stehen die Probleme nach wie vor. Mit diesem Beschluß, das wissen die Studenten ganz genau, läßt sich nicht leben. Deshalb werden auch die Studenten der Uni Kön beim Sternmarsch am 24. 1. 74 mitmachen.

Bildungsminister Dohnanyi, der VDS u. die BAFöG-Misere

Im Oktober hatte der VDS Bundesbildungsminister Dohnanyi zu einem Gespräch über die Forderungen des VDS nach Sofortmaßnahmen gegen die soziale Misere aufgefordert.

Mehrmals wurde der Termin verschoben. Am 14. 12. schließlich war er bereit, den VDS zu empfangen.

Er unterstütze die Forderungen der Studenten, erklärte er. Doch zugleich müsse man feststellen, daran, daß es gegenwärtig nicht möglich sei, Verbesserungen durchzusetzen, trage der VDS einen erheblichen Teil Schuld. Wieso ausgerechnet der VDS?

Ganz einfach. Durch seine Stellungnahmen und Erkärungen habe der VDS verschuldet, daß es heute keinen führenden Politiker in Bonn gebe, der bereit sei, die Forderungen der Studenten zu erfüllen.

Warum wohl? Weil er z. B. deutlich gemacht hat, daß bei uns nach wie vor Rüstung vor Bildung rangiert? Für Dohnanyi ist das „Unsinn". Auf die Diskussion darüber will er sich nicht einlassen. Er tut gut daran. Denn wie wollte er auch widerlegen, daß 1974 ca. 35 % des Bundeshaushaltes für offene und versteckte Rüstungsausgaben verwendet werden.

Bei dem Gespräch hat sich gezeigt, wo die Grenzen der Unterstützung des Bildungsministers für studentische Forderungen liegt: dort, wo deutlich gemacht wird, daß die von der Bundesregierung gesetzten Prioritäten Schuld daran sind, daß zu wenig Geld für Bildung da ist.

Und es hat sich auch gezeigt, daß es für immer schwieriger wird, einerseits die studentischen Forderungen für berechtigt zu erklären und andererseits den VDS, der sich an den Hochschulen als vereinheitlichende Kraft für die Durchsetzung dieser Forderungen erweist, zu diskriminieren.

Die Bundesregierung sollte bald die Konsequenzen aus dieser Tatsache ziehen und nicht länger versuchen, dem VDS die ihm zustehenden Mittel aus dem Bundesjugendplan zu verweigern.

Wir lassen uns nicht erpressen

Von Jahr zu Jahr waren die Studienbedingungen an der FHS für Sozialpädagogik in Hamburg unerträglicher geworden.

Für ihre Forderungen nach Sofortmaßnahmen gegen die Misere traten die Studenten in den aktiven Streik

Die Antwort der zuständigen Stellen kam prompt. Das Studentenwerk wurde angewiesen, den streikenden Studenten die Ausbildungsförderung zu kürzen. Denn nach § 20. 2 des BAFöG, so hieß es, müsse für die Zeit, während der gestreikt worden sei, die Ausbildungsförderung zurückgezahlt werden.

Statt Chancengleichheit also blanke Erpressung:

Wer demokratische Rechte gebraucht, dem werden die Daumenschrauben angelegt. Hinzukommt, daß gerade für BAFöG-Studenten die Leistungsanforderungen nach oben geschraubt werden. In der Begründung zum BAFöG-Entwurf hieß es noch, entscheidend für die Förderung sei der Leistungsstand, „dem die jeweiligen Ausbildungsbestimmungen für eine Ausbildung als ausreichend ansehen. . . Besondere Leistungen werden nicht nachzuweisen sein." Doch schon in den Verwaltungsvorschriften wurde die Möglichkeit einer besonderen Prüfung durch die Hintertür wieder eingeführt.

Die materielle Notlage ist also kein Zufall, sie ist programmiert. Sie wird als Hebel genutzt, um Kurzstudiengänge, wie sie im Hochschulrahmengesetz, das noch im Sommer dieses Jahres verabschiedet werden soll, vorgesehen sind, gegen den Willen der Studenten durchzusetzen.

Doch wir lassen uns nicht erpressen. Unsere Forderungen lauten:

Alle Studenten müssen die Möglichkeit haben, ihre demokratischen Rechte ohne Furcht vor Repressalien zu gebrauchen!

Der § 20.2 BAFöG, mit dem BAFöG-Studenten das Streikrecht genommen werden soll, muß ersatzlos gestrichen werden!

Die Delegiertenversammlung des DGB-Kreises Köln erklärt:

1. Sie unterstützt die Kampagne des Verbandes Deutscher Studentenschaften nach sofortiger Anhebung des BAFöG-Höchstsatzes auf 500 DM und des Elternfreibetrages auf 1200 DM. Sie fordert die Bundesregierung auf, sofort entsprechend ihrer Verpflichtung aus § 35 BAFöG der Entwicklung der Einkommensverhältnisse und der Lebenshaltungskosten Rechnung zu tragen und die Bedarfssätze und Freibeträge in diesem Sinne zu erhöhen.
2. Sie unterstützt die Forderung der Kölner Studenten, zusätzliche Planstellen im Amt für Ausbildungsförderung bereitzustellen, damit eine rechtzeitige Bearbeitung der Anträge in Zukunft gewährleistet ist. Den 1200 Studenten, die trotz fristgerechten Antrages seit Oktober kein Geld mehr erhalten, muß durch Überbrückungsgelder sofort geholfen werden.

BEGRÜNDUNG:
Schon vor Verabschiedung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes im Jahre 1971 hat der Deutsche Gewerkschaftsbund gefordert, daß eine jährliche Anpassung der Förderungshöchstsätze an die Preissteigerung erfolgen muß, wenn sich die Lebensbedingungen der Studenten nicht ständig verschlechtern sollen. Stattdessen sind die Förderungshöchstsätze bis 1975 festgeschrieben. Die Lebenshaltungskosten eines Studenten liegen schon heute weit darüber: das Deutsche Studentenwerk hat einen Bedarf von 600 DM errechnet, der DGB forderte schon vor einem halben Jahr 600 DM. Deshalb ist die Forderung der Studenten, als Sofortmaßnahme 80 DM Inflationszulage zu fordern, berechtigt.
Außerdem ist die Anhebung des Elternfreibetrages notwendig, da die von den Eltern erkämpften Lohn- und Einkommenssteigerungen jetzt ihren Kindern von der Ausbildungsförderung abgezogen werden. Immer weniger Studenten erhalten den Förderungshöchstsatz, immer mehr Studenten wird Jahr für Jahr das Stipendium gekürzt. Am stärksten betroffen sind die Studenten aus einkommensschwachen Familien, da sie keine finanzielle Unterstützung von ihren Eltern erwarten können. Sie sind gezwungen, arbeiten zu gehen, um ihr Studium zu finanzieren, wodurch ein ordnungsgemäßes Studium nicht mehr gewährleistet ist. Es muß verhindert werden, daß eine qualifizierte wissenschaftliche Ausbildung immer mehr das Privileg einer reichen Minderheit wird.
Zu Beginn dieses Semesters haben 1200 Studenten kein Stipendium erhalten; dies obwohl sie fristgerecht einen Antrag auf Weiterförderung gestellt hatten. Die Angestellten des BAFöG-Amtes in Köln waren trotz großen persönlichen Einsatzes nicht in der Lage, alle Anträge zu bearbeiten. Deshalb müssen zusätzliche Stellen eingerichtet werden, damit solche sozialen Härten in Zukunft vermieden werden.

Mehr Arbeiterkinder an die Uni

Das Bildungsprivileg muß gebrochen werden

Von 800 auf lediglich 960 DM will die Bundesregierung den Elternfreibetrag nach dem BAFöG anheben. Im BAFöG-Bericht ist festgelegt: Nicht entsprechend den realen Lohn- und Einkommenssteigerungen, sondern nur entsprechend den Lebenshaltungskosten sollen die Freibeträge angehoben werden.

So also stellt sich die Bundesregierung mehr Lebensqualität vor: Was von den Arbeitern gegen die Lohnleitlinien der Unternehmerverbände und Wirtschaftsminister Friderichs' an realer Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse erreicht wird, soll durch weniger Bildung für Arbeiterkinder ausgeglichen werden. Das Bundesausbildungsförderungsgesetz bleibt also weiterhin ein Ausbildungsauslesegesetz. Die niedrigen Freibeträge verhindern eine wirksame Förderung der übergroßen Mehrheit der Kinder der Arbeiter und anderer sozial benachteiligter Schichten.

Kein Geld für die Bildung

Numerus clausus, überfüllte Hochschulen, niedriges BAFöG kennzeichnen die Lage an den Hochschulen. Sind sie ein Zeichen dafür, daß zuviele studieren? Im Gegenteil: 1985 werden nach den Berechnungen der GEW ca. doppelt soviele Lehrer gebraucht wie heute.

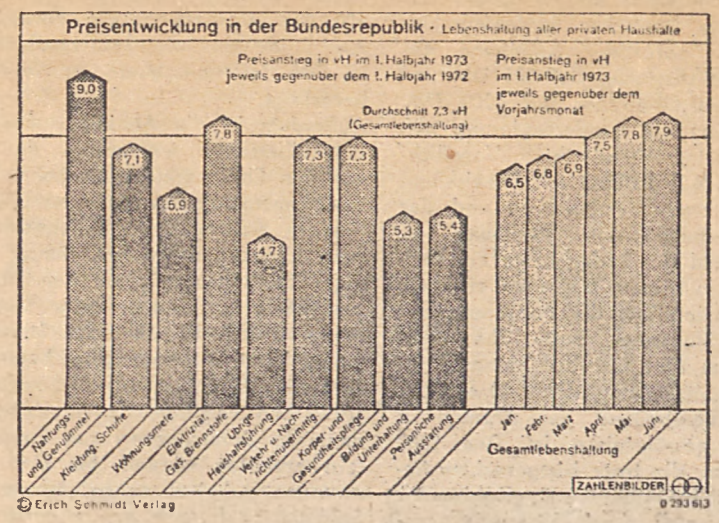
Für die Bildung ist also zuwenig Geld da. Dabei versuchen die Herrschenden auch noch die Tatsache, daß die Mittel für die berufliche Bildung noch niedriger sind als für die Hochschulen zu nutzen, um von der Misere im gesamten Bildungswesen abzulenken und die Front der betroffenen Lehrlinge, Schüler und Studenten zu spalten.

Ist das Zufall?

Schon 1970 sprach der BDI von der Kopflastigkeit des Bildungswesens. Für die Konzerne, deren Interessen der BDI vertritt, bringen die Ausgaben für Bildung erst nach längerer Zeit Profit. Deshalb setzen sie alles daran, um die Ausgaben so niedrig wie nur möglich zu halten. Was aber an Ausbildung notwendig und — da die Kosten für das gesamte Bildungswesen sowieso für den einzelnen Konzern zu teuer sind — größtenteils im staatlichen Bereich liegt, sollen auch noch vor allem Arbeiter und kleine Angestellte finanzieren. Die Masse der nur zu einem kleinen Teil von den Unternehmern aufgebrachten Steuersumme wird aufgrund der bestehenden Machtverhältnisse nur im Interesse der Herrschenden ausgegeben.

Und das heißt: eben: Milliarden für Subventionen, die letztlich in die Taschen der Industrie und des Großhandels fließen, Milliarden für die Rüstungsindustrie, für Armee und Polizei, für den Ausbau von Bespitzelungs- und Verfolgungsorganen wie dem Verfassungsschutz, dem Bundesgrenzschutz, damit die bestehenden Machtverhältnsse erhalten bleiben.

Auch unter der SPD/FDP-Regierung hat sich das nicht geändert. Die BAFöG-Misere ist der beste Beweis dafür.



Falsche Freunde

Bei sozialer Demagogie auf die Nase gefallen ist die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag. Als sie die völlig unzureichende Ausbildungsförderung zur Sprache brachte, mußte sie sich vorhalten lassen, daß sie selbst zusammen mit SPD und FDP 1971 für den — nach den Berechnungen des Deutschen Studentenwerks — schon damals völlig unzureichenden Höchstsatz von 420 DM eingetreten sei.

Da liegt also der Hase im Pfeffer. 1971 hat die CDU/CSU gemeinsam mit SPD und FDP den Grundstein für die soziale Misere gelegt, vor der die Studenten heute stehen. Jetzt versucht sie sich als Anwalt der sozialen Interessen der Studenten auszugeben.

Und der RCDS sieht seine Stunde gekommen, um — wie z. B. in Bonn — die Studenten für die CDU/CSU zu gewinnen.

So sollen die Studenten wieder einmal für dumm verkauft werden. Zeigt sich also, daß der RCDS nicht hinzugelernt hat seit jener Zeit, da er aus ASten und Fachschaften hinausgewählt wurde. An uns liegt es, dafür zu sorgen, daß das so bleibt!

„Scheich böse, Krise, nix pinke pinke Bafög!"

Aufrechterhatung des Bildungsprivilegs bedeutet verschärfte Ausbeutung

Durch diese soziale Misere wird jedoch auch ein politischer Zweck erreicht. Die Arbeiterkinder werden von den Hochschulen ferngehalten. Die Hierarchie der Gesellschaft wird durch die Hierarchie des Bildungswesens immer wieder reproduziert.

Arbeiterkinder können meist nur Haupt- und Berufsschule besuchen. Die Schlüsselpositionen in der Produktion, in Justiz und Polizei werden von Leuten besetzt, die aus den herrschenden Schichten stammen.

Noch immer gibt es eine Reihe von Studenten, die die Notwendigkeit des Kampfes an der Seite der arbeitenden Bevölkerung nicht erkannt haben. Auf der anderen Seite ist für viele Arbeiter die Hochschule unbekanntes Gebiet. Oft betrachten sie die Studenten mit großer Skepsis. Hier setzt auch die Spaltungsstrategie der Herrschenden an, die versuchen, Studenten und Arbeiter gegeneinander auszuspielen.

Vor allem aber werden der arbeitenden Bevölkerung wissenschaftliche Methoden und Erkenntnisse vorenthalten, die ihnen helfen können, die äußerst komplizierten Mechanismen der Ausbeutung, der Verdummung und der Manipulation zu durchschauen, zu entlarven und zu bekämpfen.

Schlechte Ausbildung bedeutet soziale Deklassierung, bessere Manipulierbarkeit und unsichere berufliche Absicherung.

Die Alternative dazu ist:

Jetzt muß verstärkt der Kampf für die Erhöhung der Elternfreibeträge geführt werden. Gerade der Kampf um die Erhöhung der Elternfreibeträge, um *kostendeckende Ausbildungsförderung* muß gemeinsam von Arbeitern und Studenten geführt werden.

Es geht jetzt um mehr Geld für die Bildung auf Kosten der Konzernprofite und -subventionen, auf Kosten des Rüstungshaushaltes, auf Kosten der Ausgaben, mit denen Polizei und Bundesgrenzschutz ausgerüstet werden, um im „Ernstfall" gegen streikende Arbeiter und demonstrierende Studenten vorzugehen. Es geht um die Durchsetzung der Sofortforderungen des VDS als ersten Schritt zur kostendeckenden Ausbildungsförderung, um die Anhebung des BAFöG-Höchstsatzes auf 500 DM und des Elternfreibetrages auf 1200 DM rückwirkend ab 1. Oktober 1973. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß mehr Arbeiterkinder die Hochschulen besuchen können.

Dabei muß alles auch berücksichtigt werden, daß die Forderung „Arbeiterkinder an die Uni" darüberhinaus die Beseitigung all der Hindernisse erfordern, die schon in der Schule benachteiligten, d. h. Veränderung der Lehr- und Lernformen usw. Auch an der Hochschule treffen die Studenten auf eine Wissenschaft, die den Interessen der arbeitenden Bevölkerung widerspricht. Es geht also zugleich um eine Demokratisierung der Hochschule, um Wissenschaft und Forschung im Interesse der Bevölkerung. Dies muß von den fortschrittlichen Studenten gemeinsam mit der arbeitenden Bevölkerung und ihren Verbündeten, von allen demokratischen und sozialistischen Kräften durchgesetzt werden.